


DER TAGESSPIEGEL (/)



 13.11.2014 22:15 Uhr

Aufruf der Integrationsbeauftragten

Privatwohnungen für Flüchtlinge gesucht

von Sandra Dassler ([/dassler-sandra/4677254.html](http://dassler-sandra/4677254.html))

Gerade Menschen, die Schlimmes erlebt haben, brauchen einen Rückzugsort, sagt Monika Lücke. Jetzt startet die Integrationsbeauftragte die Aktion „Vermieten Sie Wohnraum – helfen Sie Flüchtlingen!“.



Flüchtlinge willkommen. Am 19.09.2014 wurde in Berlin vor dem Bundesrat gegen eine Verschärfung des Asylrechts demonstriert. - FOTO: DPA

Die Mitarbeiter in der Beratungsstelle „Wohnungen für Flüchtlinge – Beratung und Vermittlung“ des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks (EJF) staunten nicht schlecht, als ihnen ein privater Vermieter ein neu saniertes Haus mit 15 Wohnungen ausdrücklich für Asylsuchende anbot. Schnell stellte sich heraus, dass der Vermieter vor einiger Zeit selbst als Flüchtling aus dem Iran nach Berlin gekommen war und deshalb Menschen mit ähnlichem Schicksal helfen wollte.

Plakate in U-Bahnen

Weil es aber leider immer noch eher selten ist, dass private Vermieter ihre Wohnungen nicht auf dem freien Markt sondern für Flüchtlinge anbieten, wirbt Berlins Beauftragte für Integration und Migration, Monika Lücke, jetzt gemeinsam mit dem EJF für eine verstärkte Vermietung von Wohnungen an Flüchtlinge durch Privatpersonen.

Deshalb seien jetzt auf U-Bahnhöfen, in der U-Bahn und in Behörden Plakate mit dem gemeinsamen Aufruf zu sehen, sagte Monika Lücke am Donnerstag dem Tagesspiegel: „Für die Menschen, die zu uns kommen, ist die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum ([/berlin/streit-um-fluechtlinge-in-brandenburg-asyl-mit-seeblick/10856866.html](http://berlin/streit-um-fluechtlinge-in-brandenburg-asyl-mit-seeblick/10856866.html)) das dringlichste Problem. Gerade Flüchtlinge ([/politik/mehr-platz-fuer-fluechtlinge-wohlfahrtsverbaende-gegen-unterkuenfte-am-stadtrand/10919520.html](http://politik/mehr-platz-fuer-fluechtlinge-wohlfahrtsverbaende-gegen-unterkuenfte-am-stadtrand/10919520.html)) brauchen einen privaten Rückzugsraum, das hat viel mit Menschenwürde zu tun.“

Sprachmittler helfen

Zwar könnten Gemeinschaftsunterkünfte eine Übergangslösung sein, sagt Lücke, aber

bekanntlich stünden derzeit auch diese nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Das Ziel bleibe außerdem weiter, „dass so viele Menschen wie möglich in eigenen Wohnungen unterkommen können“. In Anbetracht der steigenden Flüchtlingszahlen ([/berlin/vor-dem-parteitag-berliner-spd-fordert-wohnungen-fuer-fluechtlinge/10901158.html](http://berlin.vor-dem-parteitag-berliner-spd-fordert-wohnungen-fuer-fluechtlinge/10901158.html)) sei dieser Grundsatz in weite Ferne gerückt: „Mit der Kampagne möchte ich deshalb dazu ermutigen, an Flüchtlinge zu vermieten. Die Beratungsstelle des EJF unterstützt Sie dabei.“

Die Beratungsstelle in der Moabiter Turmstraße habe bereits Erfahrungen mit der Bereitstellung von Wohnungen, sagt EJF-Sprecherin Julie von Stülpnagel: „Wir wissen, welchen Anforderungen die Wohnungen genügen müssen. Wir unterstützen bei der Mietkostenübernahme und dem Vertragsabschluss. Wir begleiten die Flüchtlinge mit Sprachmittlern zu den Wohnungen. Und wir versuchen auch, dabei zu helfen, dass Mieter und Vermieter gut zusammenpassen.“



Die Hausmeisterin. Monika Lücke, Integrationsbeauftragte des Senats, vor den neuen Plakaten. - FOTO: DPA

Weitere 2500 Menschen warten

Seit Februar hat das EJF im Auftrag der Senatsverwaltung für Soziales bereits Wohnungen an 427 Haushalte mit 928 Menschen vor allem aus Syrien, Tschetschenien, Afghanistan und Pakistan vermittelt. Davon stellten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und gewerbliche Träger die meisten Wohnungen, sagte Stülpnagel. Weitere 2500 Menschen, die eine Unterkunft suchten, seien bereits registriert.



Das Plakat zur Aktion der Integrationsbeauftragten. - FOTO: DPA

Hotline wird geschaltet

Die Miete übernimmt das Land. Voraussetzung ist, dass die Flüchtlinge eine sogenannte Aufenthaltsgestattung haben und das Landesamt für Gesundheit und Soziales die selbstständige Wohnungssuche genehmigt hat. Die für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständige Senatsverwaltung für Soziales, die bis Jahresende 2200 zusätzliche Plätze unter anderem in Wohncontainerdörfern schaffen will, unterstützt die Aktion. Wünschenswert sei, dass es sich um

abgeschlossenen Wohnraum handelt. Privatpersonen können diesen unter der Mailadresse „wohnraum-fuer-fluechtlinge@ejf.de“ melden. Die eigens geschaltete Telefonnummer 0800 964678243 funktionierte wegen einer technischen Panne am Donnerstag noch nicht.

Davon abgesehen, ist die Integrationsbeauftragte aber optimistisch. „Wir hatten noch nie so viel Willkommensbereitschaft für Flüchtlinge in Berlin wie zur Zeit“, sagt Monika Lücke.

Und hofft, dass beispielsweise auch die Synode der evangelischen Landeskirche auf ihrer Tagung am Wochenende den Aufruf unterstützt.